



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (vom 15. bis 22. Januar)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Reichs Spiegel

(vom 15. bis 22. Januar)

### „Marokko vor Gericht.“

Berliner und Essener Urteile — Die Marokko-Agitation — Die unbestreitbaren Tatsachen — Vertuschungsversuche — Dementi des Herrn v. Reibnitz — Berichtigung von Loebells

Wie in meinem Prozeß gegen die Post, hat sich auch das Schöffengericht zu Essen auf eine Beweisaufnahme nicht eingelassen, hat vielmehr alle Beweis- anträge zurückgewiesen und mich wegen formaler Beleidigung der Leiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Gericht in Essen hat sich aber insofern in Gegensatz zum Berliner Urteil gestellt, als es den Standpunkt einnimmt, ich hätte die Rheinisch-Westfälische Zeitung der Bestechlichkeit zeihen „wollen“. Bei dieser für mich schmerzlichen und den Kern meiner Angriffe verschleiernden Sachlage habe ich nur den Trost, daß zwei preußische Gerichte über ein und denselben Fall verschiedener Ansicht sein können. In dem Berliner Urteil heißt es wörtlich:

„Aus den wörtlich wiedergegebenen Stellen des Artikels in den Grenzboten konnte der Vorwurf entnommen werden, daß die drei genannten Blätter, darunter Die Post, in der das vaterländische Interesse so nahe berührenden Marokkoangelegenheit nicht ihre eigene freie Meinung äußerten, sondern in einer materiellen Abhängigkeit von den an einem deutschen Vandalenwerb in Marokko interessierten Gebrüdern Mannesmann deren einseitige Interessen verträten und das deutsche Publikum absichtlich irreführten.“

Der Privatkläger hat zwar behauptet, daß er einen solchen Vorwurf nicht habe erheben wollen. Nach der Persönlichkeit des Privatklägers besteht auch an der Richtigkeit dieser Erklärung gar kein Zweifel. Aber diese nachträgliche Erklärung ist für die Beurteilung der in den Grenzboten gemachten Ausführungen belanglos. Diese Ausführungen, und namentlich die Drohung, „die Fäden bloßzulegen, die die genannten Blätter mit den Herren Mannesmann verknüpften,“ konnten sehr wohl als der Vorwurf der materiellen Abhängigkeit von Mannesmann und der Bestechlichkeit aufgefaßt werden.

Das Gericht hat ohne Bedenken angenommen, daß der Angeklagte diesen Vorwurf in den Worten des Klägers gefunden hat.“

Doch das ist, solange von einer Kritik des Verfahrens in einem Presseprozeß abgesehen wird, eine mehr persönliche Seite der Angelegenheit, die für die Öffentlichkeit nur sekundäres Interesse hat.

Anderes steht es mit der sachlichen. Ich habe den Beweis dafür angetreten, daß Fäden, wie ich sie vom ersten Tage an meinte: nämlich journalistische und

politische von den Gebrüdern Mannesmann — das gangbare Klischee für Marokko-interessenten — in der kritischen Zeit zu den von mir benannten Zeitungen vorhanden waren. Wenn das Gericht meinen Anträgen nicht stattgab, so darf daraus nicht der Vorwurf gegen mich konstruiert werden, ich hätte zurückgezogen. Das Gericht forderte von mir einen Beweis über Behauptungen, die ich niemals aufgestellt, verzichtete aber darauf, die Behauptungen durch Vernehmungen unter Eid nachzuprüfen, die ich aufrecht erhalte. Meine Gegner haben dagegen den Beweis dafür nicht angetreten, daß sie in loyaler, das nationale Moment kräftig und gewissenhaft unterstützender Weise ihren journalistischen Dienst eingerichtet hätten; Herr Reizmann-Grone mußte vielmehr zugeben:

1. daß die Rheinisch-Westfälische Zeitung und Post, beide unter seiner persönlichen Leitung, die von England drohende Gefahr eine gewisse Zeit hindurch ignorieren mußten, um imstande zu sein, ein Zurückweichen der deutschen Regierung später konstruieren zu können;

2. Herr Reizmann-Grone hat nicht bestritten, daß die beiden Blätter sich während der für die deutschen Diplomaten schwierigsten Situation, als nämlich die Intrigen der Clémenceau und Genossen die deutsch-französischen Verhandlungen zum Scheitern bringen sollten, auf die Seite der deutschfeindlichen Intriganten gestellt haben.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung geht über den entsprechenden Passus meiner Ausführungen mit der Bemerkung hinweg: „... er (Cleinow) gestattete sich einige überflüssige Bemerkungen über das ‚Millionen-Unternehmen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung‘ ... und trat mit der kühnen Belehrung hervor, daß eine Zeitung ihre politischen Ideen nicht in der Schriftleitung am Sitz ihres Erscheinungs-ortes entwickeln dürfe, sondern daß sie sich ihre politischen Richtlinien von allen möglichen Berichterstattem im Auslande vorschreiben lassen müsse“ ... Doch nicht! ich habe ausgeführt, und die Gegner konnten es nicht bestritten, daß die Rheinisch-Westfälische Zeitung und die Post zu jenen Blättern gehören, die, obwohl sie sich bei ihrer Kritik der Diplomatie der größten Schärfe befleißigen und sich am dreiftesten als gut orientiert und gut national hinstellen, daß diese Blätter fast ausschließlich aus abgeleiteten Quellen schöpfen, weil sie nur höchst geringe Mittel für die auswärtige Berichterstattung auswerfen. Weiter habe ich ausgeführt: Das Verhalten meiner Gegner wirke auf den nähern Zuschauer um so abstoßender, als sie auch auf die Verbindung mit der amtlichen Nachrichtenquelle, das Auswärtige Amt verzichten und statt dessen aus allerhand unkontrollierbaren Quellen schöpfen. Herr Reizmann-Grone hat nämlich zugeben müssen, daß die Rheinisch-Westfälische Zeitung seit etwa fünf Jahren keine Beziehungen zum Auswärtigen Amte unterhalte! Man stelle sich vor, wie das Nachrichtenmaterial einer Redaktion über auswärtige Angelegenheiten aussehen muß, die auf die Benutzung der beiden wichtigsten Quellen der Berichterstattung, nämlich: eigener Korrespondenten und des Amtes einfach verzichten! Man stelle sich aber auch vor, welche Stirn dazu gehört, unter solchen Umständen den Lesern gegenüber zu behaupten, alle Vorgänge der auswärtigen Politik besser beurteilen und übersehen zu können, als etwa die „Offiziösen.“ Wie es angesichts dieser unbestrittenen Tatsachen mit der Behauptung steht, Herr v. Kiderlen habe die Blätter zu seiner Unterstützung aufgefordert, mag dahin-

gestellt bleiben. Die Äußerungen, die Herr Reikmann-Grone ihm in den Mund legte, tragen den Stempel der Unmöglichkeit an der Stirne!

Ist es nicht demnach verständlich, daß gerade diese Blätter heute noch als die einzigen, Behauptungen aufrecht erhalten, die mit denen des Herrn v. Riederlen in Widerspruch stehen? Die gesamte sonstige Presse steht in dieser Beziehung auf der Seite des Staatssekretärs! Selbst die konservative Partei hat nachträglich das Verhalten Riederlens gebilligt.

Vom Richter bin ich gefragt worden, welche Motive wohl die Rheinisch-Westfälische Zeitung zu ihrer Haltung veranlaßt hätten. Ich habe darauf erwidert, den Motiven nicht nachgespürt zu haben. Nun aber gibt das Blatt diese Motive selber preis. Es schreibt:

„Wir haben mit besonderem Vorbedacht diesen Prozeß angestrengt und durchgeföhrt, denn unsere Anklage richtete sich in der Form gegen Herrn Kleinow, in der Sache aber gegen das Auswärtige Amt, denn dort sind die unschmackhaften Eier gelegt, welche Herr Kleinow nur auszubrüten und jetzt zu essen hatte. Und darum hat dieser Prozeß eine besondere Bedeutung.“ . . .

Es folgt dann die Darlegung eines früheren Streites mit dem Auswärtigen Amt; dann heißt es:

„. . . Es war uns vollkommen klar, daß wir die ganze (frühere) Sache dem Auswärtigen Amt zu verdanken hatten, das keine Rechtfertigungspolitik, sondern nur eine Nachpolitik betrieb; mutlos nach Außen, tapfer im Innern. Dasselbe schöne Spiel ist diesmal gegen die Berliner Zeitung Post angewandt. Man sieht, das Preszbureau des Auswärtigen Amtes hat nichts vergessen in zehn Jahren, aber auch nichts dabei gelernt.

Man hatte wohl keinen ansehnlicheren Namen mehr auf Lager, den man gegen uns ausspielen konnte. Man hatte sich vielleicht überzeugt, daß man von einem gefunden Baum schon mal ein paar Früchte schütteln kann, aber der Baum steht und blüht ruhig weiter. Und da wurde dann Herr Kleinow auserselien, mit den Posaunen von Jericho gegen uns zu blasen — dieser Herr Kleinow, der ganz naiv auch gestern im Gericht stolz verkündete, daß er fortwährend aufs Auswärtige Amt gehe und sich dort informieren lasse. Das war der Grund, daß wir Loschlügen und strebten, vor Gericht Klarheit zu schaffen. Sonst hätten wir uns mit dem anfänglichen Standpunkt der Redaktion begnügen können, stolz zu sagen, daß niemand in der Lage sei, unsere Ehre anzugreifen.

Das Betrübliche an der Sache ist, zu sehen, wie klein diese Männer des Auswärtigen Amtes sind. Wir lassen uns nicht zum Spielball wechselnder Stimmungen und persönlicher Interessen machen. Deß zum Zeichen haben wir diesen Prozeß durchgeföhrt! Man möge sich in Zukunft hüten!“

Also kleinliche, persönliche Motive! Darum wird der Leiter der deutschen auswärtigen Politik, der obendrein vor zehn Jahren in anderer Stellung war, in einem Augenblick angegriffen, in dem das Wohl des Vaterlandes, das Blut seiner Söhne, seine ganze in vierzig Jahren erarbeiteten Reichtümer auf dem Spiele stehen! Rheinisch-Westfälische Zeitung und Post haben nach diesem Bekenntnis ihres Leiters noch die Dreifügigkeit sich national und unabhängig zu nennen!

Weiter wurde in Essen festgestellt, daß die Post derartig abhängig von Herrn Reikmann-Grone ist, daß er sich Herrn Dr. Pohl von der Post „telegraphisch kommen läßt“ und daß von ihm telegraphisch an die Redaktion gegebene Anweisungen politischen Inhalts beachtet werden müssen. Man wird hieraus seine Schlüsse auf die journalistische Unabhängigkeit der Post ziehen dürfen.

Schließlich ist der Beweis dafür angetreten, daß die Post in Beziehungen zum journalistischen und politischen Dienst der Marokkointeressenten, insonderheit der Gebrüder Mannesmann gestanden hat, daß also „Fäden“, wie ich sie von Anfang an nur meinen konnte und gemeint habe, vorhanden waren. Der Verwischung dieser Verbindung, die seitens meiner Gegner durch die Behauptung versucht wurde, Herr Pohl habe überhaupt nie mit einem Vertreter der Mannesmann gesprochen, konnte Herr Dr. Marwitz entgegenreten durch das Zeugnis, daß er selbst Herrn Pohl mit dem Leiter des Pressedienstes der Herren Mannesmann gelegentlich der Vorbereitung einer „nationalen“ Kundgebung habe verhandeln gesehen. Das Gericht hat leider meinen schriftlich formulierten Beweisunterlagen nicht stattgegeben.

Es ist infolgedessen nicht möglich gewesen, Zeugnisaussagen unter Eid herbeizuführen. Es ist mir infolgedessen auch nicht möglich gewesen, die Tägliche Rundschau zu einer eidlichen Aussage zu veranlassen, wie sich ihre Beziehungen zu Herrn v. Reibnitz und zu dem in Marokko wirksamen Angestellten der Firma Mannesmann, Herrn Dörpinghaus, gestalten. Es ist leider nicht möglich gewesen, die Rolle einwandfrei darzustellen, die Herr v. Reibnitz bei der Vorbereitung bestimmter nationaler Protestversammlungen gespielt hat. Herr v. Reibnitz hat stets die Taktik befolgt, durch seine Vertrauensmänner, die ich in ihren verschiedenen Abstufungen als Agenten der Mannesmann bezeichnete, für irgendeine Aktion zu interessieren, hat sie in der ihm eigenen vorsichtigen Weise veranlaßt, scharf gegen die Regierung Stellung zu nehmen, und ist dann, wenn die Aktion an die Öffentlichkeit trat, hinter den Kulissen verschwunden, oder aber hat in gemäßigtem Sinne auf Resolutionen usw. eingewirkt. Die Nationalliberalen Berlins und der Provinz Brandenburg haben gerade mit Rücksicht auf das Auftreten des Herrn v. Reibnitz verzichtet, an einer dieser Versammlungen teilzunehmen, da sie auch nicht den Anschein erwecken wollten, als gäben sie sich zu einer einseitigen Interessenten-Politik her.

Dennoch ist erreicht, was ich erreichen wollte, als ich im Sommer vorigen Jahres meinen Feldzug gegen die Blätter einleitete: ich habe die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, bis zu welchem Grade es Einzelunternehmern unter gewissen Umständen möglich geworden ist, auf die Stimmung der öffentlichen Meinung und zum Schaden der Gesamtheit Einfluß zu gewinnen, und ich möchte nur wünschen, daß mein Opfer nicht umsonst war. Jetzt ist es Sache des Publikums, sich der gewonnenen Einblicke zu seinem Schutz zu bedienen. Sollte ich selbst in Zukunft in eine ähnliche Lage geraten, so werde ich trotz der damit verknüpften Unbequemlichkeiten, gestützt auf die gemachten Erfahrungen, nicht zögern, genau ebenso vorzugehen, wie ich es für die Pflicht eines unabhängigen gut deutschen Publizisten halte. Es bestärken mich darin die vielen Sympathieschreiben, die mir aus dem Inland und Ausland zugehen und für die ich hierdurch auch öffentlich herzlich danke.

Natürlich haben meine Gegner, wie während der ganzen Zeit des Streites, auch während der Verhandlung in Essen und später nicht ohne Erfolg versucht, die Aufmerksamkeit von den Hauptpunkten abzulenken. Zu diesen Versuchen gehört auch das Dementi des Herrn v. Reibnitz in der Post. Herr v. Reibnitz schreibt in der Post: „Nachdem Cleinow die ersten Andeutungen über Lichtscheue

Beziehungen der Post zu den Gebrüder Mannesmann gemacht hat, sind Generalmajor v. Voebell und ich zu Herrn Kleinow gegangen und haben ihn darüber aufgeklärt, daß niemals Dr. Pohl oder ein Beauftragter von ihm oder seinem Verlag bei Mannesmann irgendeine finanzielle Unterstützung gesucht oder gefunden haben. Wir gaben Herrn Kleinow diese Aufklärung in der Absicht, ihm Gelegenheit zu einer loyalen Erklärung zu geben, da er vollständig falsch unterrichtet war."

Hierin widerspricht den Tatsachen, daß Herr v. Reibnitz mit Herrn v. Voebell zu mir gekommen seien. Tatsache ist vielmehr, daß Herr v. Reibnitz allein am 11. September in mein Bureau kam, mich am 14. September noch einmal telephonisch anrief, während Herr General v. Voebell erst am 14. Oktober auf meine eigene Anregung hin ebenfalls allein zu mir kam. Die Angaben des Herrn v. Reibnitz über die Beziehungen der Firma Mannesmann zur Post habe ich damals in Gegenwart des Herrn v. Reibnitz schriftlich fixiert und im Anschluß daran meinem Sekretär wie folgt diktiert:

"Als die Post reformiert wurde und in den neuen Besitz überging, wendete sich Herr Pohl an die Gebrüder Mannesmann, um sie zur Beteiligung an dem Unternehmen aufzufordern. Auf Veranlassung des Herrn v. Reibnitz wurde dieses Gesuch abgelehnt, angeblich, aus Rücksicht auf die politische Situation in der Marokkofrage. Weitere Beziehungen sollen zur Post nicht bestehen."

Selbstverständlich habe ich kein Urteil darüber, ob Herr v. Reibnitz mir etwas objektiv richtiges oder falsches gesagt hat. Es ist auch ganz gleichgültig für meine und der Post Stellung in der ganzen Angelegenheit. Nicht die materiellen Fäden galt es mir aufzudecken, sondern die viel gefährlicheren geistigen, die es im Zusammenhang mit der ganzen übrigen Agitation bewirkt haben, daß wir nicht nur in eine finanzielle Panik, sondern an den Rand eines Krieges gerieten, der unter den ungünstigsten Verhältnissen hätte begonnen werden müssen.

\* \* \*

#### Berichtigung.

Zu einem weit verbreiteten Bericht über die Prozeßverhandlung in Essen möchte ich mit Rücksicht auf eine an die Presse versandte Richtigstellung des Herrn General v. Voebell feststellen: Ich habe nicht gesagt, Herr Generalmajor v. Voebell und ich hätten beide den Eindruck gehabt, daß die Journalistenversammlung von den Gebrüder Mannesmann inszeniert worden sei, — ich habe vielmehr ausgeführt: „während der Journalistenversammlung gewann ich aus Worten des Generals v. Voebell den Eindruck, daß auch er meine Auffassung über den Vortrag des Herrn v. Brochem teilte; ich machte mich daraufhin mit ihm bekannt und Herr v. Voebell wird gern bezeugen, daß man angesichts des Verhaltens Ripplers und v. Brochens dazu kommen konnte, die Versammlung als von den Herren Mannesmann in Szene gesetzt zu betrachten.“

Für sonstige Angaben habe ich Herrn General v. Voebell nicht als Zeuge benannt, da ich wohl wußte, daß er meine Auffassung von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch den Pressedienst des Herrn v. Reibnitz nicht teilte.

G. Kleinow

### Der Wehrverein

Wehrverein Gegenstück zum Flottenverein — Ein wichtiger Gesichtspunkt — Notwendigkeit gewisser Propaganda — Eine Aufgabe der politischen Parteien — Interesse der Parteien an Heeresfragen — General Keim — Vereins-Umweisen — Praktische Gründe gegen „unpolitische“ Vereine — Banterotterklärung vor dem Auslande — Verhältnis zu den verantwortlichen Stellen — Vernachlässigung der Flotte

Als vor einiger Zeit zum ersten Male in der Öffentlichkeit davon die Rede war, daß ein „Wehrverein“ als Seitenstück zum Flottenverein gegründet werden sollte, fanden zwar die Ziele, die sich dieser neue Verein gesteckt hatte, in nationalen Kreisen lebhaft Zustimmung, aber es machte sich doch auch in Kreisen und Parteien, über deren lebhaftes Interesse an der Armee kein Zweifel bestehen konnte, ein gewisses Zögern, eine deutliche Zurückhaltung bemerkbar. Man scheute sich offenbar, einer guten Sache entgegenzutreten, hatte dabei aber zugleich das Gefühl, daß irgend etwas nicht ganz in Ordnung sei. Die Begründer des Vereins, an deren Spitze einer der rührigsten Vorkämpfer nationaler Bestrebungen, General Keim, steht, haben inzwischen eifrig gearbeitet und geworben, um alle Bedenken, die sich gegen den Wehrverein erheben konnten, zu zerstreuen. Wirklich scheint es, als ob in den Kreisen, auf deren Mitwirkung der Wehrverein in erster Linie rechnen muß, die anfänglich geübte Zurückhaltung verschwunden sei. Aber darf man daraus den Schluß ziehen, daß der Verein nun für sein Wirken freie Bahn haben und das gesteckte Ziel erreichen wird, ohne gewisse unerfreuliche Nebenwirkungen auszulösen? Man kann sich leider der Überzeugung nicht verschließen, daß der Eifer, mit dem das Ziel ins Auge gefaßt worden ist, manche politischen Erwägungen beiseite geschoben hat, die für die Sache von großer Bedeutung sind.

Einen sehr wichtigen Gesichtspunkt hat der Verein freilich für sich: was er erstrebt, das muß allerdings irgendwie geleistet werden. Wir sind in der Tat bei der Fürsorge für unsere Wehrkraft an einen kritischen Punkt gelangt. Der Grundgedanke der allgemeinen Wehrpflicht wird längst nicht mehr durchgeführt, weil bei der rasch zunehmenden Bevölkerung die Menge der Dienstauglichen nicht mehr in den Rahmen des Heeres, dem wir aus finanziellen Rücksichten zu enge Grenzen gezogen haben, hineinpaßt. Wir haben auf diesem Gebiete dem Grundsatz der Sparsamkeit so viele Zugeständnisse gemacht, daß damit zugleich auch der Glaube erschüttert worden ist, daß unsere Kriegsrüstung im übrigen auf der Höhe sei. Der preukische Kriegsminister, der ja unbeschadet der Rechte seiner Kollegen in Bayern, Sachsen und Württemberg zwar nicht der staatsrechtlichen Form nach, wohl aber der Sache nach der Reichskriegsminister ist, hat sich vor dem Drängen des Reichsschatzsekretärs bis hart an die Grenze zurückgezogen, wo er die Verantwortung für die Vollständigkeit und Festigkeit der deutschen Kriegsrüstung nur eben noch tragen kann. Die Sache liegt so, daß zwar die Persönlichkeit des Generals v. Heeringen dafür bürgt, daß nichts absolut Notwendiges versäumt und vernachlässigt wird; was wir an Vorkehrungen zur Landesverteidigung getroffen haben, ist im Kern gut, unsere Organisation ist sorgfältig durchdacht und arbeitet zuverlässig, unsere Offiziere und Mannschaften stehen an Tüchtigkeit und Pflichttreue niemandem nach. Aber die ruhige und sichere Überzeugung, daß auch für die schwersten Gefahren, denen das Reich anscheinend entgegengeht, die volle Einsetzung der Volkskraft zur Verteidigung unserer nationalen Güter

genügend vorbereitet und gesichert ist, daß wir gegenüber sichtbaren Fortschritten feindlich gesinnter Nachbarn auch bestimmte Momente technischer Überlegenheit aufzuweisen haben, — diese Überzeugung besteht leider nicht mehr, und — was das Schlimmste ist — sie besteht gerade da nicht, wo sie am ersten gesucht werden sollte, nämlich da, wo aus politischen oder beruflichen Gründen das stärkste Interesse an dem Gedeihen der Armee vorausgesetzt werden darf. Es ist nicht nötig, hier auf Einzelheiten einzugehen, die das soeben Ausgesprochene näher begründen könnten. Alles das ist zur Genüge schon in der Öffentlichkeit erörtert worden. Hier ist nur die Frage zu beantworten, ob ein „Wehrverein“ das rechte Mittel ist, uns aus dieser unerfreulichen Lage herauszuführen.

Daß der Volkswille in dieser Richtung in Bewegung gesetzt werden muß, ist selbstverständlich. Denn die Regierung muß zwar stets im Auge behalten, daß die militärische Sicherheit des Reiches die Grundlage und die Voraussetzung aller politischen Tätigkeit sein und bleiben muß; wo aber nach gewissenhafter Prüfung diese Sicherheit geschaffen ist, da treten für die Regierung natürlich auch andere, aus der allgemeinen Lage folgende politische Erwägungen in ihr Recht. Deshalb ist es durchaus verständlich, daß in Zeiten, in denen das Gleichgewicht der Finanzen des Reiches nach langen Jahren eines unzumutbaren Wirtschaftssystems nur eben erst mühsam hergestellt worden ist, die Ausgaben für das Heer möglichst an der unteren Grenze dessen gehalten werden, was man als genügende Leistungen für die Sicherheit des Reiches ansehen darf. Um darüber hinausgehen zu können, muß die Regierung die Gewißheit haben, daß die Notwendigkeit einer größeren Opferwilligkeit der Nation auf diesem Gebiete in einsichtigen Kreisen erkannt worden ist.

Ein solcher Gedanke kann aber nur dann wirksam erweckt und gepflegt werden und nur dann in unabhängigen Gemütern feste Wurzel fassen, wenn er in Zusammenhang mit der politischen Gesamtanschauung gebracht wird. Sagen wir also ganz ehrlich — auf die Gefahr hin, daß manchem Leser dabei ein eiskalter Schauer über den Rücken läuft —: der Gedanke gehört in die politischen Parteiprogramme. Entsetzlich, aber wahr! Wohl ist es richtig, daß vielleicht mancher anfangs davon abgeschreckt werden wird. Denn wir sind ja in Deutschland noch immer überreich an Leuten, die sich vor der Politik fürchten, die nicht begreifen, daß „Politiktreiben“ nichts anderes heißt als eine selbstverständliche Pflicht gegen Vaterland, Staat und Volk erfüllen. Und nun gar erst die Parteipolitik! Viele verbinden damit nur die Vorstellung nutzlosen, unfruchtbaren Gezänks, und sie glauben ihrer Würde etwas zu vergeben, wenn sie sich damit befassen. Ich finde jedoch nicht, daß etwas damit gewonnen wird, wenn wir auf die Schwäche dieser politikscheuen Leute eingehen. Sie sind es nicht, die eine Sache vorwärtschieben. Gemacht wird es schließlich doch von den politischen Organisationen, und das Gelingen hängt davon ab, ob sie die Wähler mit sich fortzureißen vermögen. Das wird aber in der Regel nur dann mit genügendem Erfolg geschehen, wenn eine Partei mit ihren gesamten Anschauungen den Eindruck zu erwecken versteht, daß sie für die Interessen und den Gesichtskreis derer, die sie an sich heranziehen will, das rechte Verständnis hat. Es kommt also darauf an, einer Frage, für die man wirken will, den rechten Platz im Rahmen einer bestimmten politischen Gesamtanschauung anzuweisen. Damit kommt man

weiter als mit allen Bemühungen, unabhängig von dem politischen Getriebe ein Spezialinteresse dafür zu erwecken.

Es liegt auch wirklich keine besondere Schwierigkeit vor, das Interesse verschiedener politischer Parteien für das Problem einer strengeren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und für entsprechende Verbesserungen unserer militärischen Rüstung zu gewinnen. Fangen wir von rechts an. Daß die Deutschkonservativen einem Programm solcher Art, das ja in ihrem Parteiprogramm schon gewissermaßen enthalten ist, zustimmen würden, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Das gleiche gilt von der Reichspartei und von den Nationalliberalen. Natürlich wird jede Partei die Grenzen ihrer Zustimmung etwas anders ziehen, ihre Zustimmung selbst etwas anders motivieren. Niemand wird behaupten können, daß das ein Nachteil ist; viele werden darin vielmehr einen Vorteil erkennen. Der Politiker ist im allgemeinen froh, wenn er für das, was er erstrebt, verschiedene Gruppen von Gründen in Bereitschaft hat, von denen die eine mehr auf diesen, die andre mehr auf jenen Kreis wirkt. In unsichere Regionen kommen wir, wenn wir aus dem Kreise der bisher genannten Parteien heraustreten. Bei dem Zentrum kommt es immer auf die jeweiligen taktischen Momente an, ob es zustimmt oder ablehnt. Soweit jedoch bei dieser Partei überhaupt Grundsätze in Frage kommen, darf man annehmen, daß sie sich den hier in Rede stehenden Bestrebungen nicht schlechthin entgegenstellen würde. Unsicher ist auch die Fortschrittliche Volkspartei. Auf ihren rein demokratischen Flügel ist natürlich nicht zu rechnen. Im übrigen ist jedoch zu bedenken, daß die Zeiten vorüber sind, in denen das Hauptkennzeichen eines freisinnigen Mannes in der unentwegten Opposition gegen militärische Forderungen bestand. Es gibt genug Elemente in der Partei, die sich in Fragen der Wehrkraft vernünftigen und wohlbegründeten Forderungen nicht mehr verschließen.

Diese Betrachtungen zeigen, wie weit man ungefähr würde kommen können, wenn es gelänge, die politischen Parteien von der Dringlichkeit einer Reform in Wehrfragen zu überzeugen. Dazu bedarf es aber nicht eines neuen Vereins. Die Männer, die den Gedanken in die Öffentlichkeit gebracht haben, in erster Linie General Reim selbst, verfügen über einen bekannten Namen, eine gewandte Feder und genug persönliche Verbindungen, um die politischen Kreise von sich aus mobil zu machen. Und es wird zugegeben werden müssen, daß die Wirksamkeit des Wehrvereins sich schwerlich über die Kreise hinaus erstrecken würde, die auch auf dem Wege der politischen Parteiorganisationen für den Gedanken, auf den es ankommt, zu gewinnen sein würden.

Es kann nun allerdings ein Einwand erhoben werden. Viele werden sagen: Es ist ja möglich, daß die Sache ebenso gut auch von den politischen Parteien, mit deren Programm sie sich verträgt, in die Hand genommen werden könnte, und daß dies vielleicht in der Wirkung auf das Ganze hinausläuft. Aber wenn den Männern, die das nun einmal unternommen haben, die Tätigkeit in einem ad hoc begründeten Verein geeigneter erscheint, — warum soll man sie nicht in ihrer Weise gewähren lassen? Ist es nicht um der Sache willen besser, sie zu unterstützen, auch wenn man der Meinung ist, daß die Lösung der Aufgabe auf anderem Wege zweckmäßiger wäre?

Allerdings könnte man diesen Standpunkt einnehmen, wenn nicht noch andere Gesichtspunkte gegen die Gründung eines Wehrvereins sprächen. Wenn ein

Deutscher eine gute Idee hat, so gründet er einen Verein, um sie durchzuführen. Die Post zählte kürzlich einmal alle die Vereine auf, die zur Förderung wichtiger nationaler Bestrebungen gegründet worden sind. Es war eine stattliche Reihe. Das Blatt fügte unwirsch hinzu, das bedeute aber sovieler Mißtrauensakte gegen die Regierung. Ich kann nicht finden, daß diese Deutung richtig ist; in einzelnen Fällen ist sie sogar nachweisbar falsch, z. B. hinsichtlich des Flottenvereins. Aber etwas anderes scheint mir zutreffend zu sein: das Bestehen aller dieser Vereine bedeutet fast ebensoviele Zeugnisse für eine deutsche politische Unart. Damit soll durchaus nicht behauptet werden, daß einzelne dieser Vereine nicht dringend notwendig sind und segensreich wirken, aber das sind Vereine, deren Sache auch wirklich eine besondere Behandlung und Vertretung erfordert. Ein solcher Verein ist der Flottenverein, weil es sich hier um eines wichtigen Reichsinteresses willen um Verbreitung von Anschauungen und Kenntnissen handelt, die man bei dem Durchschnitt einer binnenländischen Bevölkerung unmöglich voraussetzen konnte. Ein solcher Verein ist auch der Deutsche Ostmarkenverein, weil die Verhältnisse in den gemischtsprachigen Gebieten der östlichen Provinzen Preußens außerhalb dieser Gebiete wenig oder gar nicht bekannt sind und ihr Zusammenhang mit wichtigen Gesamtinteressen des Reiches ohne gründliche und unermüdete Aufklärungsarbeit in der Regel nicht verstanden wird. Unentbehrlich ist auch der Verein für das Deutschtum im Auslande, weil seine Aufgaben überhaupt nicht auf politischem Wege, sondern nur durch Erweckung und Regehaltung des privaten Interesses gelöst werden können. Diese Beispiele zeigen, daß es noch genug Aufgaben gibt, die unabhängig von den politischen Parteiorganisationen gelöst werden müssen. Desto mehr sollte man im übrigen darauf hinarbeiten, entbehrliche Sonderorganisationen einzuschränken.

Zunächst schon aus praktischen Gründen. Der Deutsche, der heute einigermaßen die nationalen Bestrebungen fördern will, deren Unterstützung er für seine staatsbürgerliche Pflicht hält, muß allermindestens sovielen Vereinen angehören, als es Wochentage gibt. Man höre nur die „Männer, die auf diesem Felde praktisch arbeiten, wie unliebsam sie diese Tatsache empfinden. Sie rechnen es sich schon als einen großen Erfolg an, wenn sie bei der Verbearbeit die Antwort erhalten: „Ich will meinetwegen beitreten und den notwendigen Beitrag zahlen (NB. wird dann in der Regel der niedrigste Satz gezeichnet!) unter der Bedingung, daß man mich sonst ungeschoren läßt.“ Das ist, wie gesagt, noch der günstigste Fall. Die meisten entziehen sich jeder Verpflichtung dieser Art oder opfern ältere Verpflichtungen den neuen auf, zu denen sie überredet werden, weil sie das alles, was an sie herantritt, nicht schaffen und leisten können. Die Vielheit der Vereine entzieht diesen die schätzbarsten Arbeitskräfte, die Leute, die so recht mitten im Leben und in der Berufsarbeit stehen; diese sind einfach außerstande, als tätige Mitglieder allen diesen Vereinen zu dienen, während sie die nützlichsten Dinge leisten könnten, wenn sie einer wirklichen politischen Parteiorganisation angehörten, die imstande ist, alle diese Fragen im Rahmen eines Programms unter umfassenden Gesichtspunkten zu betreiben.

Jeder Verein faßt eine besondere Frage ins Auge, löst sie aus ihrem politischen Zusammenhange heraus und versichert, er wolle die Sache fern von jedem „Partei-getriebe“ ganz „unpolitisch“ und „rein sachlich“ machen. Dabei wird vergessen, daß gemeinsame Angelegenheiten, die das Volkswohl betreffen und in irgendeiner

Weise das Schicksal des Staats berühren, unter allen Umständen „politisch“ sind und daß es ein grober Unfug ist, einen Unterschied zwischen „politisch“ und „sachlich“ zu machen. Auch eine vollkommen „unparteiische“ Behandlung einer Frage kann nicht unter allen Umständen verhindern, daß eine Partei dagegen auftritt. Dann muß man sich gegen diese Partei wehren, d. h. wohl oder übel selbst parteipolitisch werden und die Unterstützung anderer Parteien suchen. Die Geschichte des Flottenvereins gibt dafür, wie gerade Herr General Reim bestätigen wird, ein schlagendes Beispiel. Wozu aber diese krankhafte Sucht, alle die Öffentlichkeit bewegenden Fragen als unpolitisch hinzustellen und dem Parteikampf zu entziehen? Es das ist doch im Grunde nur ein Zugeständnis an eine nationale Schwäche. Vielleicht liegt dem die Idee zugrunde, jene Spezies von „inaktiven“ Staatsbürgern, die man als „Pazifisten der innern Politik“ bezeichnen möchte, zu gewinnen. Es ist schon bemerkt worden, daß diese Leute bei der Erämpfung politischer Forderungen doch nicht in Betracht kommen. Dafür züchtet man sie in diesen Spezialvereinen, die unter der Flagge des Fernbleibens von der Parteipolitik segeln, noch künstlich. Die Pazifisten der innern Politik, die nur falsche Begriffe von dem Wesen und Wert des Parteikampfes verbreiten helfen, sind eigentlich schlimmer als die der auswärtigen Politik. Über diese schreitet die Weltgeschichte hinweg, jene richten in Wirklichkeit mehr Unheil an. Wohin soll es führen, wenn alle politischen Probleme von Bedeutung losgelöst von den politischen Organisationen behandelt werden, als ob sie gewissermaßen zu gut und zu kostbar dafür seien? Nachher kann man sich nicht genug entrüsten über die Kleinlichkeit und Zerrissenheit unseres Parteitreibens. Ja, warum tragen wir denn nicht die großen nationalen Aufgaben in das Parteileben hinein und zwingen die Parteiorganisationen, sich damit zu befassen und die Führung zu übernehmen? Wenn dann die Parteien in der Praxis sehen, wie viel sie doch eigentlich bei allen trennenden Grundanschauungen gemeinsam haben, um so besser!

Wenn soweit schon gewichtige allgemeinerpolitische Gründe vor solchen Sonderorganisationen wie der Wehrverein warnen müssen, so ist das nicht einmal das einzige, was dagegen spricht. Die allgemeine Wehrpflicht besteht in Preußen jetzt ungefähr ein Jahrhundert, in den andern Staaten des Deutschen Reiches bald ein halbes Jahrhundert. Wir haben den andern Großstaaten Europas das Beispiel gegeben, wie man ein starkes, technisch vorzüglich durchgebildetes Heer auf der Volkskraft aufbaut. Wir waren bisher das zeitlich und auch dem Ansehen nach erste Volk in Waffen. Daran wäre nichts geändert worden, wenn an geeigneter Stelle die Frage erörtert worden wäre, ob nicht das allmählich eingetretene Mißverhältnis zwischen der Bevölkerungsziffer und dem Bestand der für den Kriegsfall verfügbaren Mannschaften beseitigt und hier und da auch sonst eine Verbesserung der Kriegsrüstung vorgenommen werden könnte. Derartige Erörterungen hätten im Gegenteil bewiesen, daß wir gegen Mängel nicht blind, vielmehr toujours en vedette sind. So soll es aber nicht gemacht werden. Jetzt sind wir nach einem Jahrhundert allgemeiner Wehrpflicht glücklich so weit, daß unter den Augen des uns scharf belauernden Auslandes ein Verein gegründet wird, der dem deutschen Volk zum Verständnis seiner Wehreinrichtungen verhelfen soll. Wenn das nicht eine Panzerott-erklärung vor dem Auslande ist, dann weiß ich nicht, wie eine solche noch deutlicher erfolgen könnte. Man komme doch nicht mit dem Flottenverein! Es gab viele Tausende von Deutschen, die von einem Kriegsschiff nicht viel mehr

wußten, als daß es auf dem Wasser schwimmt. Wenn wir der Zustimmung des deutschen Volkes bedurften, um eine Flotte zu schaffen, wie sie uns not tat, so mußte auch dafür gesorgt werden, daß das Volk darüber einigermaßen orientiert wurde. Aber über das Meer bedarf es einer solchen Orientierung nicht. Mag der Prozentsatz der Nichtgebienten auch mehr als wünschenswert angeschwollen sein, das Meer bleibt doch immer eine nationale Institution, über deren Wesen und Zweck sich jeder leicht unterrichten kann, vielleicht mit Ausnahme von gewissen Schichten und Elementen, an die auch der Wehrverein nicht herantreten wird.

Und wie wird sich das Verhältnis zu den verantwortlichen Stellen, zur Regierung gestalten? Während politische Parteiorganisationen in ihren Bestrebungen vollständig unabhängig und unbefangen vorgehen können, steht ein eigens für Heereszwecke gegründeter Verein, in dem naturgemäß alte Offiziere das erste Wort führen, sicherlich vor dem unangenehmen Dilemma, entweder abhängig zu erscheinen, oder an den maßgebenden Stellen Empfindlichkeiten zu erwecken, die der Sache nicht zum Vorteil gereichen können. Hier kann uns das Beispiel des Flottenvereins direkt warnen. Ich nehme als selbstverständlich an, daß Herr General Keim, der gerade in dieser Beziehung genug Erfahrungen gemacht hat und ein aufrechter Mann ist, alles tun wird, um den Wehrverein vor ähnlichen Krisen zu schützen. Aber ich bin auch überzeugt, daß die Verhältnisse stärker sein werden als er. Der Verein wird entweder mißliebig und unbequem werden, und das würde auf die Sache sehr ungünstig wirken, oder er wird die Überzeugung des Auslandes nähren, daß die Anstrengungen des deutschen Volkes nur auf einem Druck von oben beruhen, nicht Betätigungen einer unabhängigen öffentlichen Meinung seien. Wir sollten diesen unsern Interessen abträglichen Wahn, der im Ausland sehr verbreitet ist, nicht unnötig Nahrung zuführen.

Endlich darf auch eins nicht übersehen werden. Es werden sich dem Wehrverein viele anschließen, die die Sache von dem Standpunkt ansehen, daß wir mit Unrecht zuviel Aufmerksamkeit auf die Flotte verwendet haben, und daß darüber die Armee vernachlässigt worden ist. In militärischen Kreisen hat diese Anschauung viel Raum gewonnen, und manche ältere Offiziere halten unsere Flottenpolitik für verfehlt, weil sie glauben, daß wir uns dadurch die Feindschaft Englands zugezogen haben und nun den Folgen dieser Feindschaft wegen des nicht genügenden Ausbaues unserer Landmacht nicht mit voller Energie begegnen können. Daß diese Auffassung unhaltbar ist, weiß jeder, der die Weltlage genauer verfolgt hat. Englands Feindschaft kommt nicht von unserem Flottenbau her; sie würde aber trotz unserer starken Rüstung zu Lande längst in verhängnisvoller Weise einen Weg zur Tat gefunden haben, wenn wir nicht eben unsere Flotte gebaut hätten. Aber die eigentlichen Zusammenhänge sind zu wenig bekannt, und die öffentliche Meinung ist im letzten Jahre zu sehr in der Richtung bearbeitet worden, daß wir unser Landheer der Marine zuliebe aus fehlerhafter Politik vernachlässigt haben. Es wird sich also im Wehrverein sehr bald eine Richtung bemerkbar machen, die ihre Spitze gegen den Flottenverein kehrt. Auch das ist etwas, was Herr General Keim sicherlich nicht will und nach Kräften bekämpfen wird. Aber er wird es nicht unterdrücken können. Von gewissen Seiten, die dergleichen wohl auch voraussehen, ist eine Vereinigung von Wehrverein und Flottenverein vorgeschlagen worden. Auch das scheint ein unglücklicher

Ausweg. Er macht aus zwei Dingen, von denen wenigstens das eine stets ein Ganzes gewesen ist, zwei halbe. Der Schluß ist also, daß man dem Wirken des Wehrvereins nicht mit freudigen Erwartungen entgegensehen kann. Es ist ein ungeeignetes Mittel zur Förderung einer guten Sache. W. v. Maffow

### Bank und Geld

Die Emissionen von Anlagewerten im Januar — Schwäche des Anlagemarktes — Unsicherheit der Lage — Reichsanleihe und preußische Konsols — Der Ausstand unserer Anleihen — Emissionsstatistik — Die Börse und die Konjunktur — Fiskus und Kohlsyndikat — Stahlwerksverband — Deutsche Schifffahrts- und Handelsinteressen

Der Monat Januar pflegt mit der Wiederkehr der Flüssigkeit auf dem Geldmarkt eine Hochflut der Emission von Anlagewerten zu bringen. Staaten, Gemeinden, privatwirtschaftliche Unternehmungen warten nur auf den geeigneten Augenblick, um möglichst tief und nachhaltig aus dem Vorne zu schöpfen, und in dem natürlichen Bestreben, jedem anderen tunlichst zuvorzukommen, sind die Kapitalbedürftigen beflissen, die Aufnahme ihrer Schulden mit größtem Eifer zu betreiben. So pflegen sich in einigermaßen normalen Zeiten die Emissionen der festverzinslichen Werte zu überstürzen. Sie absorbieren in der Regel das Interesse der Finanzwelt wie des anlagesehenden Publikums fast völlig. Haben sie doch auch kaum eine Konkurrenz seitens der höheren Anreiz bietenden Dividendenpapiere zu fürchten, denn die Neuemissionen von Aktien sind in der Regel an die Fertigstellung der Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres gebunden und können den Markt daher erst zu einer späteren Zeit beschäftigen. Es ist nun einigermaßen auffallend, daß diese Emissionsära im gegenwärtigen Monat später beginnt und zögernder einsetzt als in früheren Jahren. Allerdings hat sich Preußen und das Reich mit einer Gesamtsumme von 500 Millionen Mark an den Geldmarkt gewandt, auch andere Bundes- und ausländische Staaten, Württemberg, die Schweiz, Österreich, ferner einige Großstädte sind zur Aufnahme öffentlicher Schulden geschritten. Es fehlen aber fast völlig die Neuemissionen von Pfandbriefen der Hypothekenbanken, und es ist offenes Geheimnis, daß die letzteren auch mit ihren hypothekarischen Ausleihungen zurückhalten. Erste Hypotheken sind nur schwer und mit verhältnismäßig großen Opfern zu beschaffen. Der Anlagemarkt liegt also schlecht, obwohl die Geldfülle anscheinend täglich zunimmt. Schon aus der Konstatierung dieser Tatsache läßt sich schließen, daß irgendwo die Rechnung nicht stimmt. Die Geldfülle, welche den Privatdiskont bis auf 3 Prozent hat heruntergehen lassen, so daß nunmehr eine Spannung von 2 Prozent gegen den Reichsbanksatz besteht, ist kein wirkliches Spiegelbild der Geldmarktlage. Die Anhäufung disponibler Kapitalien ist nicht eine Folge vorhandenen Überflusses, sondern die Wirkung einer anscheinend befolgten Thesaurierungspolitik der Geldbesitzer, insbesondere der Banken. Für diese Erscheinung, die am Beginne eines Jahres, in das man mit so großen Hoffnungen eingetreten ist, einigermaßen befremden kann, lassen sich verschiedene Erklärungsgründe finden. Es mag die Rückzichtnahme auf die Emissionen der Anlagewerte eine gewisse Rolle spielen, vielleicht auch der Wunsch, sie für die bevorstehende Zurückzahlung der amerikanischen Guthaben flüssig zu halten. Im Grunde aber schlummert, manchem vielleicht fast unbewußt, ein Gefühl der Unsicherheit, der Besorgnis über die kommende Gestaltung

der inneren wie äußeren politischen Lage. Namentlich die Letztere ist weit entfernt davon, dem Kaufmann jenes beruhigende Gefühl völliger Sorglosigkeit zu geben, dessen er zur vollen Entfaltung seines Unternehmergeistes bedarf. Anscheinend ist zwar der politische Himmel wolkenlos, aber jedermann kennt die Wetterecke, aus der sich plötzlich ein Unwetter zusammenziehen kann. Die Erfahrungen des vergangenen Sommers liegen uns noch in den Gliedern; man ist mißtrauisch gegen offizielle Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen, seit man am eigenen Leibe erfahren hat, wie ernsteste Kriegsgefahr mit ihnen Hand in Hand gehen kann. Diese schwer auf dem Wirtschaftsleben lastende Sorge scheint mir der Hauptgrund für die unverkennbare Zurückhaltung, welche allenthalben geübt wird. Bestätigt wird diese Auffassung durch die Unruhe, mit der man der Reumission deutscher Staatspapiere als möglicherweise für Rüstungszwecke bestimmt entgegenschah, und die Geflüchtlichkeit, mit der seitens der Regierung die Bestimmung für produktive Zwecke betont worden ist. Offenbar hat man auch den Betrag der aufzunehmenden preußischen Anleihe aus gleichen Erwägungen auf den möglichst niedrigen Betrag beschränkt.

Mit der neuen Anleihe tritt Preußen nach zweijähriger Frist zum ersten Male wieder an den Geldmarkt mit größeren Ansprüchen heran, wenn man von der vorjährigen Begebung von Schatzscheinen nach Amerika und der Prolongation der im August-September fällig gewordenen um vier Jahre absieht. Der Geldmarkt hat also die seitens der Regierung ihm zugesagte „Schonzeit“ genießen können. Wenn man freilich bei Forderung und Gewährung dieser Karenzzeit sich einen günstigen Einfluß auf den Kursstand unserer Anleihen versprochen hat, so war dies ein Irrtum. Der Kurs der 3 und 3½-prozentigen Anleihen ist weiter zurückgegangen und auch die 4-prozentigen werden jetzt zu einem um 60 Pfennig niedrigeren Kurs ausgegeben als vor zwei Jahren. Dabei sind die preußischen Finanzen, wie aus der vom Minister gehaltenen Etatrede ersichtlich, glänzend zu nennen und auch das Reich ist durch die Finanzreform der früheren Misere soweit überhoben worden, daß es für das laufende Jahr fast ohne alle neue Geldbeschaffung auskommt. Das Problem der Preiserhöhung unserer Staatsanleihen ist also auch durch Abstinenz im Schuldenmachen und gute Finanzverwaltung nicht gelöst worden. — Nach dem Verlauf, den der Monat Januar bisher genommen hat, läßt sich fast vermuten, daß das Jahr 1912 keinen wesentlichen Aufschwung in der Wertpapierbegebung bringen wird. Nach der vom „Deutschen Ökonomen“ veröffentlichten Statistik sind die Ziffern von 3,6 Milliarden des Rekordjahres 1908 ständig bis auf 2,7 Milliarden im Vorjahre zurückgegangen, ein deutlicher Beweis für das Abflauen der Konjunkturwelle. Prophezeien ist freilich vom Übel; tritt aber in der allgemeinen Lage keine Besserung ein, wächst vor allem nicht wieder Zutrauen und Zuversicht, so werden viele Hoffnungen, die auf das Jahr 1912 gesetzt worden sind, zu Wasser werden.

Die Haltung der Börse steht mit diesen Symptomen in nötigem Einklang. Der Enthusiasmus des Jahreschlusses ist verflogen. Niemand glaubt mehr an eine fröhliche Gauffe, man findet bei näherer Überlegung, daß der gegenwärtige Kursstand der Industripapiere so hoch ist, daß er schon sehr reichliche Zukunftschancen eskomptiert. Die Folge ist eine Stockung des Geschäfts an der Börse, ein Ausbleiben neuer Käuferfichten. Darüber kann eine gelegentliche Eintagshauffe nicht hinwegtäuschen. Selbst die für die Montanindustrie so überaus

bedeutungsvolle Verständigung des Fiskus mit dem Kohlsyndikat hat keinerlei Enthusiasmus auszulösen vermocht. Das Abkommen, welches den Anschluß der übrigen Außenseiter des Syndikats zur unmittelbaren Folge gehabt hat, ist, worauf an dieser Stelle schon hingewiesen worden ist, für das Kohlsyndikat, dessen Alleinherrschaft im Westen dadurch aufs neue wiederhergestellt und festgelegt wird, von um so größerer Bedeutung als der Fiskus sich nicht die eingreifenden Rechte bei der Preispolitik des Syndikats gewahrt hat, die im Interesse der Allgemeinheit wünschenswert gewesen wären. Er hat sich kein Vetorecht, sondern nur ein Rücktrittsrecht vorbehalten. Nun ist zwar denkbar, daß auch schon das letztere Handhabe genug bietet, das Syndikat zu einer auch die Interessen des Konsums berücksichtigenden Preispolitik zu veranlassen. Der Finanzminister hat wenigstens bei seiner Ectatrede einem solchen Wunsch besonderen Ausdruck gegeben. Es wäre aber doch der Allgemeinheit gegenüber besser gewesen, wenn der Fiskus auch formell sich als Vertreter des gemeinen Rechts und nicht als bloßer Mitproduzent geriert und demgemäß seine vertraglichen Rechte dem Syndikat gegenüber abgegrenzt hätte. Einen wenig günstigen Eindruck muß es namentlich machen, daß das Syndikat sofort nach dem Beitritt des Fiskus eine Preiserhöhung ins Werk setzt.

Weniger günstig scheint sich nach Ansicht der industriellen Kreise das Schicksal des Stahlwerksverbandes zu gestalten. Die Schwierigkeiten, welche die zuwiderlaufenden Interessen einer Verlängerung entgegensetzen, sind so groß, daß man jetzt vielfach mit der Möglichkeit rechnet, daß ein syndikatsloser Zustand oder die Bildung von Sonderverbänden eintreten wird. Die Folgen kann man an den vor zwei Jahren bei Ablauf des Kalisyndikates eingetretenen Ereignissen leicht ermessen. Es würden unfehlbar seitens der leistungsfähigen Werke Abschlüsse auf so lange Zeit und zu solchen Preisen vorgenommen werden, daß Absatz und Markt auf lange hinaus ruiniert wären. Es ist jedenfalls schon bezeichnend, daß in der kürzlichen Mitgliederversammlung des Stahlwerksverbandes dieser für alle Teile so bedeutungsvollen Angelegenheit gar keine Erwähnung geschehen ist.

Der Abschluß der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtgesellschaft spiegelt in deutlicher Weise das Wachstum des Anteils der deutschen Schifffahrt an dem Welthandel wieder. Über 40 Millionen Bruttogewinn, 29 Millionen Abschreibungen, eine auf 9 Prozent erhöhte Dividende und eine Vermehrung des Aktienkapitals auf 150 Millionen Mark legen Zeugnis dafür ab, welchen mächtigen Aufschwung die Gesellschaft nach der Krisis des Jahres 1907 genommen hat. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der des deutschen Außenhandels. Für diesen liegen jetzt die Gesamtergebnisse für das abgelaufene Jahr vor. Auf nahezu 18 Milliarden ist in rapidem Anwachsen von Jahr zu Jahr der Wert des deutschen Außenhandels gestiegen. Eine wahrhaft staunenswerte Entwicklung, die nur das eine Bedenken wachruft, daß eine so rasch sich vollziehende Verschiebung der Lebensinteressen der Nation auf den Außenhandel eine Vermehrung der Angriffsfläche bedeutet, an die man nicht ohne Sorge denken kann.

Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.  
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bismarck 6510.  
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.